

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 34 / 43. Jg.

22. Aug. 1930

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezieh. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

### Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-  
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 3583.  
Verlag: Johannes Hög, Berlin W 9. — Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — **Zuschriften an die Expedition erbeten.** **Postverlagsort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

## Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

*Eine neue Reichstagswahl steht bevor. Der 14. September wird entscheidend sein für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.*

*Die Notverordnungen, die von der Reichsregierung unter Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, reden eine deutliche Sprache. Schonung des Besitzes und schonungslose Belastung der geringen Einkommen, rücksichtslose Abwälzung der Lasten auf die Schichten des Volkes, die ohnedies durch die furchtbare Arbeitslosigkeit das schwerste Notopfer auf sich zu nehmen haben!*

*Löhne und Kaufkraft der breiten Massen werden gesenkt. Die soziale Versicherung wird verschlechtert, Arbeitslose und Kranke werden noch größerem Elend preisgegeben. Die sozialen Grundrechte des neuen Staates werden zerschlagen. Der Einfluß der Arbeiterschaft in der Führung des Staates wird planmäßig ausgeschaltet.*

*In dieser Situation, in der sich auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Einfluß des reaktionären Unternehmertums im Parlament immer stärker durchzusetzen droht, gibt es für die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer nur eine Partei, die sie mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft zu unterstützen hat: die Sozialdemokratie.*

*Nur die Sozialdemokratie hat das im neuen Staat geschaffene soziale Recht im Bunde mit den Gewerkschaften verteidigt. Sie hat den Kampf führen müssen gegen die geschworenen Feinde des neuen Deutschlands auf der äußersten Rechten und Linken, aber auch gegen jene Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu stehen vorgeben. Sie mußte ihn auch führen gegen manche Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft in den sozialpolitischen Kämpfen der letzten Vergangenheit widerstandslos preisgegeben haben. Sie steht im Kampf auch gegen alle die radikalen Parteien, die eine hemmungslose Agitation gegen die freien Gewerkschaften führen und ebenso verantwortungslos wie verworren bald den bolschewistischen Sowjetstaat, bald das faschistische „Dritte Reich“ versprechen.*

*Im dem großen Ringen um den demokratischen Ausbau der deutschen Republik, um das wirtschaftliche und politische Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse, um die Ausgestaltung der Sozialversicherung und die Erweiterung des sozialen Schutzes stehen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften allein.*

*Die Reformvorschläge der Sozialdemokratie zur Finanzreform und Wirtschaftsbelebung, deren Grundgedanken die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit und unbedingte Aufrechterhaltung der sozialen Verpflichtungen des Reiches waren, sind von der Reichsregierung in den Wind geschlagen worden, weil die gegenwärtige Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien kein anderes Ziel vor Augen sehen, als eine rein bürgerliche Mehrheit gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften, gegen die Arbeiterschaft.*

**Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Die Entscheidungen liegt in euren Händen! Der Kampf geht um eure Zukunft!**

*Eure Parole muß sein:*

**Gegen die liberal-konservative Einheitsfront der sozialen Reaktion!  
Gegen die leeren Phrasen der Kommunisten und Nationalsozialisten!  
Alle stimmen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen für die sozialdemokratische Partei Deutschlands!**

Berlin, den 16. August 1930.

## Vorstand u. Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

### Wahl und Wirtschaft

Wir gehen aller Voraussicht nach einem außerordentlich schweren Winter entgegen. Es sprechen eine Reihe von Anzeichen dafür, daß erst im nächsten Frühjahr ein Umschwung der weltwirtschaftlichen Lage erfolgen wird. Im kommenden Winter wird uns also erst die volle Wucht der Krise treffen.

Kurz vor Beginn der zusätzlichen Winterarbeitslosigkeit wird die Neuwahl des Reichstages stattfinden. Der Ausgang der Wahl wird den Umfang der Krise nur verhältnismäßig wenig beeinflussen können, er wird aber von der größten Bedeutung für die Ausnützung der Krise sein.

Der gegenwärtige christliche Reichsminister Stegerwald ist der Ansicht, daß uns ein Sieg der radikalen Parteien eine Arbeitslosenzahl bis 7 Millionen bescheren würde, ein Sieg der Sozialdemokratie immerhin noch bis 5 Millionen. Er verschwiegt vorsichtig die Arbeitslosenzahl, die ein wiedergekehrter Bürgerblock nach seiner Ansicht mit sich herumschleppen müßte. Vorläufig konnte die Regierung Brüning nicht einmal verhindern, daß die Arbeitslosigkeit in der günstigsten Zeit des Jahres bis auf 3 Millionen anstieg. Sie wird auch, wenn sie wider Erwarten bleiben sollte, im Winter keine Wunder tun, sondern sehr wahrscheinlich wie bisher eine wirtschaftliche Dummheit nach der anderen machen.

Das Unternehmertum, das sich hinter der Kartellmauer verschanzt hat, hat bisher unter der Krise kaum gelitten. Was an Gewinnen infolge der verringerten Umsätze verloren geht, wird durch verbilligten Rohstoffeinkauf und Lohndruck wieder herausgeholt. Die steigenden Konkurszahlen haben wenig zu sagen. Sie beziehen sich ganz überwiegend auf kleine und kleinste Betriebe, insbesondere auf Handelsgeschäfte. Die Last der Krise haben bisher die Arbeiterschaft und kleine Teile des Mittelstandes allein getragen. Das Unternehmertum wäre zweifellos in der Lage, den kommenden Winter ohne Lohnsenkung und ohne zusätzliche Massenentlassungen durchzuhalten und so die beste Basis für einen wirtschaftlichen Aufschwung im Frühjahr zu schaffen. Wichtiger aber als Gemeinwohl und als der wirtschaftliche Aufstieg ist dem Unternehmertum die Erhaltung seiner Machtstellung. Das Unternehmertum mißbraucht die Krise und die allgemeine Notlage zur Verstärkung seiner Stellung, unbekümmert darum, daß sein Vorgehen die Krise verschlimmert.

Ein Wahlsieg der Arbeiter kann, wie schon erwähnt, den Umfang der Krise nur wenig beeinflussen, er kann aber dem Mißbrauch der Krise durch das Unternehmertum einen kräftigen Riegel vorschieben. Wir müssen verhindern, daß die Sozialversicherung unterhöhlt wird, daß man die Steuern aus dem Ärmsten herauspreßt, daß man

die Verfassung unbekümmert für Unternehmerinteressen mißbraucht.

Das Bürgertum weiß, daß seine Stellung in diesem Wahlkampf schwach sein wird. Die Sammlungsversuche sind nur Zeichen dieser Schwäche. Ihre Ergebnisse sind bisher mehr als kläglich. Der Traum von der bürgerlichen Einheitspartei, die von dem Demokraten Koch bis zu dem abtrünnigen Deutschnationalen Treviranus reichen sollte, ist wohl ausgeträumt. Die „Deutsche Staatspartei“ ist übrig geblieben, die wahrscheinlich nach links hin doppelt so viel verliert, als sie nach rechts hin gewinnt.

Man erwartet für die kommenden Wahlen ein Wachsen der Linksparteien, eine Schwächung der bisherigen Regierungsparteien und eine Zunahme der Hakenkreuzler, die vom Kadaver der Deutschnationalen leben. Für die Regierungsbildung ergeben sich dann drei Möglichkeiten: die Bildung der großen Koalition mit den Sozialdemokraten, die Bildung eines Bürgerblocks mit den Nationalsozialisten oder die verfassungswidrige Verlängerung der Diktatur der bisherigen Regierungsparteien.

Es ist kaum anzunehmen, daß Brüning einen offenen Bruch der Verfassung wagt, dessen Folgen unübersehbar wären. Die Beteiligung der Nationalsozialisten ist mindestens unwahrscheinlich, denn es wird auch einige bürgerliche Politiker geben, die es ablehnen, Halbirr sinnigen eine

schwere Verantwortung zu übertragen. Verzicht aber die Nationalsozialisten auf die Durchführung ihres Programmes, verzichten sie darauf, den Youngplan abzuschaffen, die Marxisten aufzufressen und Reichswehr und Polizei mit Hakenkreuzen zu verzerren, dann mögen sie sich ruhig an der Regierung beteiligen und wieder einmal beweisen, daß hinter einer großen Schnauze gewöhnlich nichts steht.

Auch für die Sozialdemokratie wäre es keine Kleinigkeit, die politische Verantwortung für den kommenden Winter mit zu übernehmen. Andererseits wäre ihre Stellung in einer Koalitionsregierung stark genug, den politischen und wirtschaftlichen Vorstoß des Unternehmertums zum Stehen zu bringen.

Die Beteiligung der Sozialdemokratie wäre auch die sicherste Gewähr, daß wirklich ein Preisabbau durchgeführt wird. Die Regierung Brüning hat sich damit begnügt, eine Kartellverordnung auf Grund des Artikels 48 zu erlassen. Obwohl sie die Macht zur Preissenkung hätte, gibt sie den Unternehmern vorläufig nur gute Ratschläge, die Preise zu senken. Man könnte ebensogut dem Wasser empfehlen nach oben zu fließen. Obwohl die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt geradezu zusammengebrochen sind — die Verbilligung beträgt 50 bis 60 Proz. — steigt in Deutschland unter der Preisabbauregierung Brüning der Lebenshaltungsindex von 147,6 im Juni auf 149,3 im Juli.

Trotz aller Vorausrechnungen können aber die Dinge auch ganz anders kommen. Die Arbeiterschaft muß jedenfalls gerüstet sein, mag es kommen wie es will. Sie hat am 14. September ihre Pflicht zu erfüllen. Wahlrecht ist Wahlpflicht! Von allen Parteien vertritt nur eine die Interessen der freien Gewerkschafter: *Die Sozialdemokratische Partei!*

## Der Familienverein als Unternehmer

Unter den Begriff „Unternehmer“ stellte man sich früher, und zwar ganz allgemein betrachtet, einen Menschen vor, der ein Gewerbe erlernt hat, der sich dann als Geselle weiter ausbildete und sich schließlich aus kleinen Anfängen heraus selbstständig machte. Die Geschichte wohl aller Berufe kann genugsam Beispiele dafür aufweisen, daß solche „von der Pickle auf gediente“ Unternehmer, auch nachdem sie sich selbstständig gemacht hatten und andere mit für sich arbeiten ließen, doch mit „ihrem Betrieb“ verwachsen blieben bis ins hohe Alter hinein. Verwachsen nicht nur durch ein „einnehmendes Wesen“, sondern durch berufstätige Mitarbeiter. Diesen Verhältnissen und diesen früher möglichen Aufstieg der Begabten war es wohl mit zuzuschreiben, daß damals die Leistung des einzelnen im Betrieb mit mehr Wertschätzung und Verständnis begegnet wurde, als dies heute fast allgemein der Fall ist. Dabei war früher mit dem „Älten“, wie er wohl allgemein genannt wurde, durchaus nicht immer „gut Kirschen essen“. Die Mühen und die vielen Sorgen, die er aufgewendet und ausgestanden hatte, bis sein Betrieb einigermaßen auf festem Fundament stand, hatten ihn hart und oftmals unbeugsam gemacht. Er verteidigte seinen Besitz mit Nägeln und mit Zähnen und von wegen Zulage gab es gar manchen harten Strauß auszufechten. Der Widerstand, der schon damals zur Weiterentwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen überwinden werden mußte, war durchaus nicht klein. Versöhnlich war nur dabei, daß damals diese Kleinunternehmer vielfach auch auf keinen wesentlich besseren Lebensstandard Anspruch erhoben, als gut bezahlte Arbeiter, ganz im Gegensatz zu heute, wo „Leben und Lebenlassen“ keinerlei Kurswert mehr zu haben scheint.

Diese Zeiten sind dahin und niemand wird ihnen nachtrauern, trotz manchem, was besser war wie heute. Hoffnungen auf die Wiederkehr der „guten, alten Zeit“ sind wirklich zwecklose Träumereien, wobei noch zu bemerken ist, daß man sich unter den damaligen Verhältnissen neben manchem Zutreffenden auch recht viel Falsches und Schiefes vorstellt. Das „Maschinenzeitalter“, wie man die Gegenwart gern nennt, schuf seine eigenen Produktionsgesetze und damit eine aufs äußerste gesteigerte Betonung der Vormachtstellung von Kapital und Besitz. Neugründungen von Unternehmen gehören bald zu den Unmöglichkeiten und das geflügelte Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen“, wird immer mehr zur Phrase. Mit der neuen Zeit verschwand auch der Typ des Unternehmers von ehemals und an seine Stelle trat der „geborene Unternehmer“. Also die Nachkömmlinge der „Älten“, bei denen es schon in den Windeln feststand, daß sie einstmals Unternehmer sein würden. Wegen der Eignung macht man sich keine Skrupel. Nötigenfalls kann man sich ja für Handlungen, bei denen wirkliche Fachkenntnisse von Nöten sind, entsprechende Kräfte mit entsprechendem Aufgabenkreis annehmen. Der Weggedang des geborenen Unternehmers ist dann gewöhnlich so, daß bis zum Eintritt ins väterliche Geschäft mit oder ohne Erfolg eine bessere Schule besucht wird, und wenn man noch etwas übriges tun will, dann wird noch in einigen befreundeten

Betrieben volantiert, um nicht ganz ahnungslos ins Geschäft zu steigen. Tritt dann der junge Herr ein, dann dauert es gewöhnlich nicht lange und man bekommt sein Wirken zu spüren. Dieses Wirken ist meistens in der ersten Zeit „nur Schnauze“. Vermehrte Anstrengungen in Verbindung mit allerlei beruflich Ungereimten stellen sich ein und nach den unausbleiblichen Fehlresultaten kommen dann gewöhnlich Entlassungen an die Reihe, um „frisches Blut“ in den Betrieb zu bringen. Nach einiger Zeit stoßen sich dann die längsten Hörner ab, und es wird wieder mit Wasser gekocht. Stirbt dann der „Älter“, dann tritt der Junge gewöhnlich als Nachfolger an seinen Platz, aber fast gleichzeitig melden auch die anderen Hinterbliebenen ihren Anspruch an, also die Herren Schwiegersöhne, die übrigen Geschwister mit ihrem Anhang und der „Familienverein“ ist zusammen. Dieser Familienverein, der sich vielleicht aus persönlichen Gründen nicht ausstehen mag, wie das bei „zärtlichen Verwandten“ vielfach der Fall ist, hat aber einen einigenden Punkt und ein gemeinsames Interesse: verdienen und nochmals verdienen! Sie wollen alle vom Betrieb leben und das nicht schlecht. Unter dem ganzen Klub befindet sich meistens nicht einer, der den mühsamen Weg des „Älten“ gegangen ist, wohl aber solche, die den täglichen Kampf derer, die im Schatten leben, nur vom Hörensagen kennen. Der ganze Anhang ist meistens aufgewachsen in sorgloser Jugend und hat intus genommen die wirtschaftliche Vorrechtstellung der besitzenden Klasse, wovon dann alle Handlungen abgeleitet werden. Was Wunder, wenn die Mitglieder dieses Versorgungsklubs, mögen sie nun zu den „berechtigten“ Erben gehören oder sich durch eine Vernunftheirat einen Anspruch erworben haben, sich für legitimiert halten, den Betrieb als milchende Kuh zu betrachten, und zwar fürs ganze Leben. Gedanken und Überlegungen, daß die dadurch entstehende Last an finanziellen Verpflichtungen der Schimmel einmal nicht mehr trecken kann, stehen nicht in dem Lexikon dieser so veranlagten Zeitmenschen. Diese Gedanken kommen auch dann nicht auf, wenn sich das biblische Wort erfüllt: „seid fruchtbar und mehret euch“, also auch dann nicht, wenn es ihrer immer mehr werden. Daß in diesen Kreisen die Fortpflanzungsquote gemäß den vorliegenden Lebensgewohnheiten ganz anders in Rechnung gesetzt werden muß, als beim Bruder Arbeiter, denen man in den modernen Trümmer-Gedanken an süßes Liebesspiel nachdrücklich und mit Erfolg austreibt, ist ebenso wahr. Es ist daher kein Wunder, daß die Anstrengungen in den Betrieben immer toller werden und daß immer Unmöglicheres verlangt wird. Denn was soll denn der Familienverein machen, wenn die Erträge für seine gesteigerten Bedürfnisse nicht mehr ausreichen? Deswegen ist der Familienverein auch dafür, daß dann die Löhne abgebaut werden müssen, daß an den Sozialausgaben gespart werden muß, daß alles entbehrliche Personal auf die Straße gesetzt werden muß und daß aus dem Tarif Feiertagsbezahlung, Ferien und andere unproduktiven Lasten zu verschwinden haben, denn der Familienverein will leben! Was sollen denn z. B. der Herr Major und der Herr Hauptmann a. D., der Herr beschäftigungslose Jurist und Dr. jur. et pol. et phil., bloß machen, wenn die Erträge des Betriebes versagen? Soll man vielleicht stempeln gehen oder das Auto verkaufen oder das Studium der Herren Söhne und Töchter unterbrechen und auf gesellschaftliche Verpflichtungen oder Bade-reisen verzichten? Das wäre noch schöner! Deswegen steht der Familienverein auch weiter auf dem Standpunkt, daß man sich der „Hindenburgfront“ bei den Reichstagswahlen bedingungslos anzuschließen habe, die unter dem Schlachtruf: „Herunter mit den Löhnen und herauf mit Zöllen und Steuern“ von allen „staatsershaltenden“ Parteien geführt werden. Im übrigen steht der Familienverein auch noch auf dem Standpunkt, daß das gesamte Betriebsrisiko auf die abzuwälzen ist, die an sich schon nichts haben. Mit schmatzendem Behagen wurde deshalb die Konstruktion des Reichsarbeitsgerichts von wegen der „Betriebs- und Gefahrengemeinschaft“ vernommen, die für die Arbeiter nur dann zur Anwendung kommt, wenn ein Verlust zu tragen ist. Endlich hat durch diese Konstruktion der Begriff: „Unternehmen“, die für alle Besitzenden einzig mögliche Deutung gefunden. Unternehmen heißt also in Zukunft nicht mehr riskieren, also etwas gewinnen oder verlieren, sondern Unternehmen heißt nur noch gewinnen, und zwar möglichst viel!

Diese Sucht, viel zu verdienen und zu verdienen um jeden Preis, um die Bezüge des Familienvereins sicher zu stellen, treibt den Familienverein und dessen Sachwalter auch zu den gewagtesten Spekulationen. Da jeder dieser Klubs zunächst einmal an sich denkt, bekämpfen sie sich bei der Ergatterung von Aufträgen oftmals auf das heftigste. Preisunterbietungen in kaum glaubhafter Form sind deswegen an der Tagesordnung. Was alles möglich ist, davon geben ja die veröffentlichten Artikel von „Argus“ und Ferkel einen lehrreichen Anschauungsunterricht. Obwohl dieses Tun gemäß der immer mehr wachsenden Ansprüche des Familienvereins ganz unlogisch und unverständlich ist, ist doch kaum auf Besserung

zu hoffen. Man will den Auftrag auf jeden Fall und denkt durch Antreiben, schlechtes Material und was sonst noch dazu gehört, doch noch etwas zu verdienen. Bezüglich des Antreibens hat man ja seine bewährten Kräfte, denen man ja auch stillschweigend nachläßt, daß sie für ihre aufreibende Tätigkeit außer dem Gehalt, von Papier-, Farben- und Maschinenfabriken sowie von Handlungen graphischer Produkte dicke Prozente schlucken, die nicht unter 10 v. H. liegen und die das Gewerbe stark belasten, da diese Ausgaben in den Maschinen und Materialien ja wieder erscheinen! Man kann ja dieses unsaubere Tun auch nicht gut verbieten, denn beim Hereinnehmen von Aufträgen sind doch auch allerhand Leute da, die ihre Hände aufhalten. Deswegen ist es ganz unverständlich, daß der Gehilfenverband nicht glauben will, daß der Lohnanteil am Produkt, Schmiergelder aller Art und Kosten für die Anreiber- und Direktoren-inflation natürlich eingerechnet, tatsächlich trotz ungeheurer Gütererzeugung höher liegt als vor dem Kriege.

Bricht dann aber doch ein Betrieb 'zusammen, dann waren es bestimmt nicht die übersehten Ansprüche des Familienvereins, dann war es auch nicht die ruinöse Preispolitik und die Vergeudung von Geldern zu eigenartigen Zwecken, nein, dann war und ist es immer nur die Begehrlichkeit der Gehilfen, ihre „hohen Löhne“ und die tariflichen „Lasten“. Der Niederbruch solcher Betriebe wird dann von den Anwälten der vereinigten Familienvereine säuberlich registriert, um bei späteren Verhandlungen am grünen Tisch als „Beweise“ dafür mit angeführt zu werden, daß es so nicht weiter geht und daß die Arbeiter und Arbeiterinnen Opfer bringen müssen. Die dann gemachten Vorschläge: Lohnabbau, Leistungssteigerung, Grobungen, Leistungsabbau bei Arbeitslosigkeit und Krankheit usw. sind ja bekannt und bedürfen weiter keiner besonderen Erklärung. Und die Nutzanwendung aus diesen Tatsachen: eine längst erkannte Wahrheit — Kampf dem ganzen System! Dazu ist am 14. September eine besonders günstige Gelegenheit!

Lazarus.

## Die Fanfaren der Hausbesitzer

Der Zentralverband der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine hatte sich diesmal ein Stell-dichein in Dänzig gegeben. Die Forderungen, die dort erhoben wurden, sind zur Genüge bekannt. Sie wurzeln in dem Verlangen, die Wohnungszwangswirtschaft restlos zu beseitigen und dem Haus- und Grundbesitz jede Erleichterung bezüglich der Stabilisierung und Vermehrung ihres Besitzes zu ermöglichen. Der Tagung wohnten nicht nur Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Reichsinnenministeriums, des Reichswirtschaftsrats usw. bei, sondern auch ein leibhafter Minister in Gestalt des Reichsjustizministers Dr. Bredt. Aus der Begrüßungsrede dieses Führers der Wirtschaftspartei wollen wir einige Sätze zur Charakterisierung der gegenwärtigen politischen Lage anführen:

„Das eine kann ich Ihnen versichern, am Ende des Weges, den die gegenwärtige Regierung bewußt verfolgt, steht die restlose freie Wohnungswirtschaft. Ich glaube auch Ihnen andeuten zu können, daß, wenn ich nicht Minister wäre, Sie sich vermutlich auf Ihrer heutigen Sitzung mit einigen Punkten hätten beschäftigen müssen, mit denen Sie sich heute nicht mehr zu befassen brauchen. Es geht heute im Reich um die großen Fragen, die immer den Haus- und Grundbesitz beschäftigen haben. Wir stehen an einem kritischen Punkt allerseits Ordnung, der sich nur mit der Lage Ende 1923 vergleichen läßt, als wir mit unserer Währung am Ende waren . . . Zur Ordnung der Finanzen müssen wir unsere Ausgaben ganz erheblich einschränken. Dabei können wir an der Einschränkung der Personalausgaben nicht vorbeigehen . . . Die kommenden Reichstagswahlen sollen die große Entscheidung bringen: Wollen wir unsere wirtschaftlichen Pflichten in sozialistischem oder in wirtschaftlichem Sinne lösen? . . . Uns ist der Hausbesitz nicht nur ein Vermögensinteresse, bei uns handelt es sich nicht nur um ein paar Prozent Miete, für uns ist der Hausbesitz die Verkörperung einer Idee: der Idee der freien Wirtschaft, der Idee des freien Eigentums, der Idee der freien Persönlichkeit in eigener, freier Verantwortung.“

Hier haben wir den krassen Egoismus des Hausbesitzertums. Diese rückständigste aller Bevölkerungsschichten will nicht nur die Zustände der Vorkriegszeit, sondern sie stellt Forderungen auf, die darüber noch hinausgehen. Sie spekulieren auf einen guten Ausfall der Reichstagswahlen. Mit desto größerem Ernste und Bereitwilligkeit zur Mitarbeit müssen die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Reichstagswahl betreiben und der Partei die Stimme geben, die einen solchen Wirtschaftsegoismus einer kleinen Clique verhindert: die Sozialdemokratische Partei.

# RECHT UND GESETZ

## Entschädigung der Wegunfälle

Durch Gesetz vom 14. Juli 1925 wurden die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung (RVO.) 3. Buch (Unfallversicherung) in vielen wesentlichen Punkten abgeändert. Es wurde unter anderem § 545a erlassen, in dem bestimmt wurde, daß als Beschäftigung in einem der Unfallversicherung unterliegenden Betrieb auch der Weg zur und von der Arbeitsstätte gilt. Mit dem Erlaß dieser Bestimmung war eine seit vielen Jahren von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erhobene Forderung erfüllt. Seit Inkrafttreten der neuen Bestimmung sind nun 5 Jahre verflossen, ein Zeitraum, in dem selbst bei so vielseitigen Unfallmöglichkeiten viele auftretende Zweifel geklärt und bestimmte Richtlinien für die Auslegung der Gesetzesbestimmungen geschaffen sein können. Die Berufsgenossenschaften legten die neuen Bestimmungen, wie nicht anders zu erwarten war, streng wörtlich und im engsten Sinne aus, so daß es den Entscheidungen des Reichsversicherungsamts (RVA.) überlassen bleiben mußte, den sozialen Gedanken der neuen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Bisher sind über die strittigen Punkte zahlreiche Entscheidungen der RVA. ergangen, die sowohl den Beginn und das Ende des Weges zur und von der Arbeitsstelle als auch den Inhalt des Begriffes „Weg“ so feststellten, daß davon gesprochen werden kann, daß jetzt einigmaßen klares Recht geschaffen ist. Die ersten Zweifel traten über die Frage auf, wo der Weg zur Arbeitsstelle beginnt. Hier hat das RVA. entschieden, daß der Weg mit dem Verlassen der Wohnung beginnt. Es wurde ebenfalls bestimmt, was noch als Wohnung zu betrachten ist. Bei einem in einem Garten liegenden Einfamilienhaus wurde z. B. der 6 m lange Gartenweg, der zur Straße führte, noch als zur Wohnung gehörig betrachtet und die Entschädigung des auf dem Gartenweg eingetretenen Unfalles abgelehnt. Desgleichen wurde in einer anderen Entscheidung der Hof eines landwirtschaftlichen Anwesens als noch zur Wohnung eines in dem Anwesen wohnenden verunglückten Arbeiters gehörig betrachtet und die Entschädigung abgelehnt, weil der Weg erst an der Grenze des Hofgrundstücks beginnt. Ein Versicherter erlitt einen Unfall beim Nachhausekommen und Aufhängen eines Rucksackes in der Küche. Das wurde nicht mehr als Unfall auf dem Heimwege anerkannt, weil der Verletzte die Wohnung, die nicht mehr zum Wege zählt, bereits betreten hatte. In einem Mehrfamilienhaus, in dem sich in verschiedenen Stockwerken abgeschlossene Wohnungen befinden, wurde die Treppe bereits als Weg zur Arbeitsstätte angenommen, die gleiche Auffassung dürfte wohl auch Platz greifen, wenn sich ein Unfall außerhalb des Wohnungsabschlusses vor Betreten der Treppe ereignet. In einem anderen Falle dagegen, in dem in einem Hinterhaus nur eine Wohnung vorhanden war und die zur Wohnung führende Treppe nur vom Wohnungsinhaber benutzt werden konnte, wurde die Treppe, auf der sich der Unfall ereignete, noch als zur Wohnung gehörig erklärt und die Entschädigungsansprüche abgelehnt. Ein Versicherter wohnte im 2. Stockwerk eines Anwesens, seine Schlafkammer hatte er aber im 4. Stockwerk des gleichen Anwesens. Der Weg vom 4. zum 2. Stock, auf dem sich ein Unfall ereignete, wurde nicht als Weg zur Arbeitsstätte betrachtet, weil dieser erst mit dem Verlassen der im 2. Stockwerk gelegenen Wohnung beginnt. Wenn ein Versicherter, der auswärts eine Familienwohnung hat, wegen der weiten Entfernung aber noch eine zweite Unterkunft gemietet hat, so gilt nur der Weg von der Schlafstelle oder dem möblierten Zimmer zur Arbeitsstätte und zurück als versichert, nicht aber der Weg zwischen der eigentlichen Wohnung und der Schlafstelle. Es werden auch die Wege zur Rückkehr zur Familie am Wochenende in diesem Falle nicht als unter den Versicherungsschutz fallend betrachtet. Ein anderer Arbeiter wohnte die Woche über in einem Unterkunftsraum des Betriebes. Er erlitt am Wochenschluß auf dem Wege zu seiner auswärts wohnenden Familie einen Unfall, der aber nicht als Betriebs- oder Wegunfall anerkannt wurde, weil der Verletzte auf einer „privaten Besuchsfahrt“ verunglückt ist. Durch das örtliche Zusammentreffen von Wohnung und Arbeitsstätte kam für den Verletzten überhaupt kein Weg zwischen Wohn- und Arbeitsstätte in Frage. Viele Entscheidungen liegen auch bereits vor über die Fragen, was noch als direkter Weg zu betrachten ist und inwieweit Abweichungen oder Unterbrechungen des Weges noch als unter die Versicherung fallend angenommen werden. Wenn der direkte Weg im eigenwirtschaftlichen Interesse unterbrochen wird durch private Besorgungen, so treten neue Zweifel auf, die das RVA. dahin entschieden hat, daß geringfügige Abweichungen, kurze Unterbrechungen und kleinere Besorgungen den Zusammenhang mit dem

Betriebsweg nicht aufheben. So ist z. B. einem Versicherten, der einen Unfall beim Aufsuchen eines Friseurgeschäftes erlitt, dieser als Unfall auf dem Wege zur Arbeit anerkannt worden. Bei einem Arbeiter, der auf einen Umweg tödlich verunglückte, war der Anlaß zur Einschlagung des Umweges nicht mehr aufzuklären. Die Witwe nahm an, daß sich ihr Mann entweder Hustenbonbons kaufen oder seine Invalidenkarte umtauschen wollte. Der Tod wurde als Ursache eines entschädigungspflichtigen Unfalles anerkannt, weil der Umweg nur eine unwesentliche Veränderung des direkten Weges war. In einem anderen Falle hat ein Versicherter eine etwas abgelegene Bedürfnisanstalt aufgesucht. Da es sich ebenfalls nur um einen kurzen Umweg gehandelt hat, wurde die Verletzung als Betriebsunfall entschädigt. Wenn größere Umwege eingeschlagen werden, oder längere Unterbrechungen stattfinden, wird der Zusammenhang mit dem Betrieb als gelöst betrachtet. Bei einem Arbeiter, der auf dem Heimwege eine entgegengesetzte Richtung zum Zwecke des Einkaufes von Lebensmitteln bei einem weiter entfernt wohnenden Händler eingeschlagen hat und vor Rückkehr auf dem gewöhnlichen Heimweg verunglückte, wurden die Unfallansprüche abgelehnt, weil der Zusammenhang als gelöst betrachtet wurde. Wird die Unterbrechung zu lange ausgedehnt und der Wirtschaftsbetrieb selbst als überflüssig betrachtet, so erfolgt Ablehnung der Ansprüche. So ist bei einem Arbeiter, der sich nach Arbeitsschluß etwa 10 Minuten in einem Wirtschaftshaus aufgehalten und zwei Schnäpse getrunken hat, auf dem Heimwege über eine steile Böschung hinab in einen Fluß stürzte und ertrank, der Tod als Folge eines Wegunfalles anerkannt worden. Desgleichen in einem anderen Falle, in dem der Wirtschaftsbetrieb etwa eine halbe Stunde dauerte. Diese Zeit wurde nach angestrebter Tagesarbeit als Erholungspause betrachtet, die dem Arbeiter Gelegenheit gab, zwei Glas Bier zu trinken und ein Butterbrot in Ruhe zu verzehren. In einem anderen Falle, in dem der Wirtschaftsbetrieb sich auf 2 1/2 Stunden ausdehnte, erfolgte Abweisung des Anspruches. Es wurde nicht verkannt, daß eine Erfrischung nach der Arbeit erforderlich sein mag, der Zeitraum von 2 1/2 Stunden war aber so erheblich, daß dadurch der Zusammenhang mit dem Betriebsweg gelöst wurde. Ein 1 1/2 stündiger Wirtschaftsaufenthalt hat nach einer Entscheidung des RVA. den Zusammenhang mit dem Betrieb unterbrochen, in einem anderen Falle dagegen nicht. Ein Versicherter arbeitete von früh 3/6 Uhr bis mittags 12 Uhr. Auf dem Heimwege besuchte er eine am Weg gelegene Wirtschaft, um dort sein Mittagessen einzunehmen. Nach 1 1/2 stündigem Aufenthalt fuhr er nach Hause, ruhte sich wiederholt im Straßengraben aus und verunglückte auf dem letzten Stück des Weges tödlich. Der Unfall wurde anerkannt und entschädigt, weil die Stärkung vor Antritt des 15 km langen Weges einem natürlichen Bedürfnis entsprach, der Arbeiter seit dem frühen Morgen tätig war und nichts gegessen hatte. Im anderen Falle handelte es sich um einen Versicherten, der Holz zur Bahn fuhr und mit abgeladen hatte. Er erlitt, nachdem er sich 1 1/2 Stunden in der Bahnhofswirtschaft aufgehalten hatte und stark betrunken war, auf dem Nachhausewege mit dem Fuhrwerk eines gleichfalls betrunkenen Fuhrwerksbesitzers einen Unfall, der nicht entschädigt wurde, weil der lange Aufenthalt in der Wirtschaft durch die vorübergehende Betriebsmäßigkeit nicht bedingt war.

Die vorstehend angeführten Beispiele sind nur eine kleine Auslese aus den bisher gefallenen Entscheidungen. Es ließen sich nach anderen Richtungen ebenfalls noch zahlreiche Beispiele anführen. Es sollen durch die Beispiele nur die Grenzen gezeigt werden, die für Wegunfälle zu ziehen sind.

Daß eine Ausdehnung des Unfallschutzes auf die Wegunfälle notwendig war, zeigt die große Anzahl von Unfällen, die sich alljährlich auf dem Wege zur und von der Arbeitsstätte ereignen. Die neuen Bestimmungen sind erst Mitte des Jahres 1925 erlassen worden, so daß für dieses Jahr Angaben nicht gemacht wurden. Im Jahre 1926 sind bei den Berufsgenossenschaften 2793 Wegunfälle erstmalig entschädigt worden. Der Bericht für 1927 läßt auch die Zahlen der gemeldeten Unfälle ersehen, es waren 37600, von denen rund 4000 entschädigt wurden. Genauere Angaben und eine besondere Ausscheidung enthält die Unfallursachenstatistik des Jahres 1928. Gesamtzahl 51518, davon 4458 entschädigt. Es ereigneten sich bei Versicherten als Fußgänger ohne Zutun anderer Personen (Fall und dgl.) 14270 Unfälle, mit Zutun anderer Personen (Überfahrenwerden) 4090 Unfälle; als Radfahrer, ohne Zutun anderer Personen (Sturz usw.) 17722, mit Zutun anderer Personen (Zusammenstoß usw.) 9968 Unfälle und als Insassen von Pferde- oder Kraftfahrzeugen, Eisenbahn 5092 Unfälle. Auffallend ist, daß von einer so großen Anzahl gemeldeter Unfälle nur eine verhältnismäßig geringe Zahl

entschädigt werden. Wenn auch bei den meisten Unfällen Erwerbsbeschränkung über den Abschluß des Heilverfahrens hinaus nicht besteht, so wird man doch in der Annahme nicht fehlgreifen, daß vielfach Ablehnungen der Ansprüche erfolgen und sich die Verletzten damit abfinden, weil sie über den Inhalt der gesetzlichen Bestimmungen und über die vom RVA. in ständiger Rechtsprechung aufgestellten Grundsätze nicht entsprechend unterrichtet sind.

## Kontrolliert die Beitragsentrichtung zur Arbeitslosenversicherung!

### Vereitelt eine Unterversicherung

Durch Diktat der Reichsregierung ist an der Arbeitslosenversicherung ein empfindlicher Abbau vorgenommen worden. Eine grobe Verschandelung und Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsrechts bringt auch jene Bestimmung, die besagt, daß die Lohnklasse, die für den Unterstützungsbezug maßgebend ist, statt nach der Lohnhöhe, nach dem entrichteten Beitrag festgestellt wird.

Wörtlich lautet der neue Absatz 3 des § 105: „Soweit in dem Zeitraum, der nach Absatz 2 maßgebend ist, eine versicherungspflichtige Beschäftigung bestanden hat, darf für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse kein höherer Betrag zugrundegelegt werden als der Grundlohn, der bei der Entrichtung der Beiträge zur Reichsanstalt nach § 150 zugrunde gelegt war. War der Arbeitnehmer damals infolge von Kurzarbeit Lohnkürzungen unterworfen, so tritt an die Stelle eines geringeren Grundlohnes, der der Bemessung ohne die Lohnkürzung zugrunde gelegt worden wäre.“

Und nach Absatz 2 des § 105 wird bei der Berechnung bzw. Einstufung in die Lohnklasse der Grundlohn, der letzten 26 Wochen vor der Arbeitslosmeldung, nach dem die Beiträge entrichtet wurden, herangezogen.

So die jetzige Rechtslage.

Wie sah die Regelung vor dem 1. August dieses Jahres aus?

Bis zum 31. Juli 1930 war für die Feststellung der Lohnklasse nicht der Grundlohn maßgebend, nach dem die Beiträge entrichtet worden sind, sondern der tatsächliche Verdienst, den der Arbeitnehmer erarbeitet hatte.

Auf diese Weise war eine Unterversicherung nicht möglich. Selbst wenn der Arbeitgeber geringere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet hatte. Obwohl auf Grund des Verdienstes des Arbeitnehmers höhere Beiträge zu entrichten gewesen wären, blieb dies für den Arbeitnehmer in bezug auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung ohne Einfluß. Nachteile sind dem Arbeitnehmer durch eine etwaige Unterversicherung von Seiten des Arbeitgebers nicht entstanden.

Dies ist jetzt anders! Und zwar darum, weil, wie bereits ausgeführt, nicht mehr der tatsächliche Verdienst, sondern der Grundlohn, nach dem die Beiträge entrichtet worden sind, für die Unterstützungshöhe maßgebend ist.

Eine etwaige Unterversicherung wirkt sich für den Arbeitnehmer stets nachteilig aus. Unterversicherung bedeutet Unterstützungskürzung. Dies heißt es zu verhindern. Die Arbeitgeber müssen daraufhin kontrolliert werden, daß von ihnen die Beiträge nach dem, dem tatsächlichen Verdienst entsprechenden Grundlohn entrichtet werden. Eine solche Überwachung ist unbedingt notwendig, weil auch die Fälle bisher schon nicht vereinzelt liegen, wo der Arbeitgeber den Beitrag nach einem geringeren Verdienst als dem wirklichen entrichtete.

In Betrieben, in denen keine Betriebsvertretung vorhanden ist, muß der Arbeitnehmer selbst die richtige Beitragszahlung überwachen, und in Betrieben mit Betriebsvertretungen erwächst dem Betriebsrat eine neue Aufgabe, nämlich in bezug auf die Beitragsentrichtung nach dem Rechten zu sehen.

Wachsamkeit ist am Platze, durch Unterversicherung kann sich der Unterstützungsbezug um 1, 2, 3 und noch mehr Mark verringern. Zumal gegen den Arbeitgeber mit einer Schadenersatzklage nicht viel zu machen sein wird, da für den Arbeitnehmer die Pflicht besteht, selbst die richtige Beitragszahlung zu überwachen. Und wenn er dies nicht tut, kann sehr leicht § 254 BGB. in Frage kommen, der den Schadenersatz so ziemlich ausschließt, wenn bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Geschädigten mitgewirkt hat. Die neue Regelung zwingt zur Kontrolle. Nur sie gibt die Möglichkeit, einstweilen vor Schaden bewahrt zu bleiben. Die ganze Verordnung gehört aber in die Wolfsschlucht. Am 14. September ist durch die Wahl von Sozialdemokraten die Möglichkeit gegeben, mit solcher Reaktion aufzu-räumen.

# VERBAND UND BERUF

## Friede in Österreich

Der fast unvermeidlich scheinende Kampf der graphischen Arbeiter Österreichs gegen die Bedrückungsabsichten der Unternehmer ist in letzter Stunde doch noch vermieden worden. Der Versuch der Arbeiterkammer und des Bundes der Gewerkschaften, die Parteien unter Verzicht auf alle Forderungen an den Verhandlungstisch zu bringen, ist zuletzt doch noch geglückt. Der krisenhafte Zustand der österreichischen Wirtschaft und die starke Arbeitslosigkeit mußten jeden vernünftigen Menschen sagen, daß ein Konflikt in solcher Zeit das Gewerbe in den Abgrund stoßen mußte. Die Parteien einigten sich deshalb unter Zurückziehung aller Forderungen auf eine Verlängerung der bestehenden Kollektivverträge um ein volles Jahr mit der Maßgabe, im Laufe des Jahres einen Weg zu weiterer gedeihlicher Zusammenarbeit zu suchen.

Es ist selbstverständlich, daß die österreichische Kollegenschaft mit diesem Abschluß der Bewegung nicht zufrieden ist. Die von ihr aufgestellten Forderungen waren nur zu berechtigt und die Erfüllung in der Lage des Gewerbes durchaus gegeben. Und trotzdem liegt der Erfolg auf der Seite der Kollegenschaft. Die Behauptung der bisher erzielten Errungenschaften in wirtschaftlich so kritischer Zeit wie jetzt, scheint uns schwerer zu wiegen als eine erzielte Verbesserung in guter Konjunktur. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise stark in der Abwehr zu sein und zu bleiben, darin liegt ein Stück geschichtlicher Aufgabe der Gewerkschaften und ihr Sieg. Denn wenn in stärkster wirtschaftlicher Krise das Unternehmertum nicht mehr in der Lage ist, den Arbeitern Errungenschaften streitig zu machen, muß die Erfolgskurve der Gewerkschaften ständig nach oben gehen. Darin liegt die Bedeutung dieses Abschlusses, der nichts nahm und nichts brachte.

Die österreichische Kollegenschaft ist sich über die gegebene Situation auch klar. Obwohl ihnen der Abschluß durchaus nicht befriedigend ist, stimmen sie ihm angesichts der wirtschaftlichen Lage einmütig zu. Damit ist die Tarifbewegung in Österreich abgeschlossen.

## Was fehlt der lithographischen Industrie?

Der Präsident der Lokalunion von Neuyork hat sich kürzlich über diese Frage in Kollegenkreisen geäußert. Wir geben im Folgenden seine Rede fast wörtlich wieder. Wir sind der Auffassung, daß unsere Kollegen interessiert diese Ausführungen verfolgen.

Das auf der Tagesordnung stehende Thema regt mich stark an. Wenn ich auch nicht beanspruche, alle Schmerzen zu kennen, welche die Fachwelt bedrückt. Ich habe aber doch soviel Kenntnis und Eindrücke durch meine Fühlung mit der Industrie als Präsident des Lokalvereins dieser Stadt gewonnen, daß es mir möglich ist, etwas zu sagen.

Ich will versuchen Ihnen diese Eindrücke zu schildern und fange mit dem Problem der verschiedenen Typen von Schnellpressen und Arbeitsprozessen, deren es so viele in unserer Industrie gibt, an. Kaum eine Woche vergeht, wo wir nicht von einer neuen Methode hören. Jedermann hat seine eigene Arbeitsweise, und viele Geschäfte haben verschiedene Methoden, um zu demselben Resultat zu kommen. Diese Verschiedenartigkeit der Herstellung und ebenso der Formate, manchmal in demselben Geschäft, zwingt zu einer unnötigen Kostenverschwendung bei der Produktion. Hinzufügen muß ich, daß bei der Einführung dieser neuen Methode oft die übertriebensten Zusicherungen von den Maschinenverkäufern gegeben werden, daß jeder junge Mann daran arbeiten kann. Später wird dann gefunden, daß die Maschine arbeitet wie man es von ihr erwartet, aber nicht mit einem Jungen. Es bedarf eines gelernten Mannes, und je besser der Gehilfe ist, desto besser wird die Maschine arbeiten und des Herstellers Versprechungen betreffs der Produktion rechtfertigen. Unsere Industrie ist sehr fließend und abwechselnd. Manchmal denke ich, die Arbeitgeber in der lithographischen Industrie führen die Extreme aus, indem sie sich sagen: „Der Versuch macht sich bezahlt, nicht nur einmal, sondern dutzendmal.“ Dieser Mangel eines bestimmten Normalmaßes der Produktion hat seine Wirkung auf die Arbeiter sowie auf die Abteilungsleiter. Das ist eine Schwierigkeit, mit der ich vertraut bin bei Vermittlung unserer Kollegen. Meine Pflichten sind durch die Tatsachen kompliziert, daß ein Gehilfe, welcher an einer Maschine ist, späterhin dadurch fällt, daß er an einen anderen Typ kommt. Dasselbe Verhältnis besteht mehr oder weniger in den anderen Abteilungen. Dies entsteht durch die vermehrte Arbeit des Vorarbeiters, der jeden mit der neuen Maschine oder Methode vertraut

machen soll, und die Konsequenz ist, ein ungenügendes Resultat für das Geschäft.

Ein anderer wichtiger Punkt ist das Anlernen der Lehrlinge. Diese Erscheinung in unserer Industrie scheint mir nicht in wissenschaftlicher Weise behandelt zu werden, um gute Qualitätsarbeiter zu bekommen, die für unsere Industrie so notwendig sind. Die gewöhnliche Methode ist, der Vorarbeiter hat den Lehrling einzulernen. Der Vorarbeiter aber ist an seine Pflicht zur Produktionsleistung gebunden, das ist seine erste Pflicht gegenüber dem Geschäft, aber nicht Lehrlinge einzulernen. Das Resultat ist, der Lehrling hat nicht den genügenden Beistand um als genügend ausgebildeter Fachmann auszulernen. Dazu kommt, daß der Vorarbeiter des öfteren von seiner Arbeit abgerufen wird. Er vereinigt eigentlich einige Arbeiter zusammen in einer Person, und darunter leidet die Ausbildung der Lehrlinge. Dadurch wird nicht das gewünschte Resultat erzeugt, nämlich gute Handwerker für unsere Industrie zu sichern. Zusammenfassend will ich anführen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine andere Methode möglich ist, als das Problem dem Vorarbeiter zu überlassen. Aber ich will einen Vorschlag unterbreiten, welcher helfen würde. Eine Berufsschule, welche gemeinsam mit den Unternehmern und der Gewerkschaft arbeitet, wo die Lehrlinge ihre Kenntnisse unter maßgebenden Instruktoren erweitern würden. Bei der Lehrlingsfrage muß der Hauptwert auf die Qualität gelegt werden, nicht auf die Quantität.

Ein anderer Punkt, den ich im Auge habe und welcher jetzt die Öffentlichkeit beschäftigt, ist die Organisationsfrage in der schlechten Geschäftszeit. Unsere Industrie verlangt, wie sie nun einmal ist, die höchste Zusammenarbeit der Abteilungen.

Meine Erfahrung während einer Reihe von Jahren ist, daß unsere Industrie saisonmäßig geht. Während des Frühlings ist guter Geschäftsgang, im Sommer ist es ein bißchen schwach, der Herbst ist gut bis zum November, dann haben wir eine schlechte Zeit, schlechter als in den Sommermonaten, und das dauert bis ins neue Jahr. Jetzt, da wir wissen, daß sich dies jedes Jahr wiederholt, sollten wir einen Ausweg suchen, die Arbeit auf solche Wege leiten, um die Beschäftigung aufrecht zu erhalten.

Da wir gerade von den Krankheiten in der Industrie sprechen, wollen wir auch von der Frage der Industriestreitigkeiten sprechen. Jährelang hatte unsere Industrie verschiedene Streitfälle gehabt. Wir haben unter den Leuten zu leiden, die auf der Straße aufgelesen wurden um unsere Arbeit zu machen, um dann später mit wenigen oder gar keinen Fachkenntnissen des gelernten Mannes das Gewerbe zu beunruhigen. Nachdem sie so von Geschäft zu Geschäft geschwommen sind, haben sie Wrak und Ruin in jedem Geschäft, wo sie beschäftigt waren, hinterlassen.

Es ist schon schwer, einen Lehrling in unserer Industrie anzulernen, und noch viel schwerer ist es, einen solchen Schwimmer anzulernen, und diese Leute klopfen jetzt hauptsächlich an die Tür. Sie waren willkommen bei manchen Unternehmern, weil sie nicht zur Gewerkschaft gehörten. Das genügt, um ihnen zeitweilig Beschäftigung zu sichern, bis eines Tages gefunden wurde, daß ihre Nichtzugehörigkeit zur Organisation den angerichteten Schaden nicht aufwiegt.

Wie werden sich nun die Zeiten entwickeln? Man kann sicher sagen, daß die Arbeit in der Lithographie weniger wird, teils durch Änderungen in der Geschäftsführung, teils durch Verschmelzung einiger Firmen.

Wie es nun auch sein möge, in der heutigen Zeit ist das Lösungswort „schnell“. Das ist auch in vielen Fällen die Ursache, daß bei unserer Arbeit die Qualität geopfert wurde. Was heute in der Reklame geleistet wird, ist nicht mehr so wie in früheren Jahren. Die gewöhnliche Antwort ist, der Kunde ist damit zufrieden. Das mag sein und ist vielleicht ein gutes Geschäft, aber das ist keine Kunst mehr. Hinweg mit diesem Ausdruck, wir wünschen „Die Kunst in der Lithographie“. Ein anderer Haken bei dieser Erscheinung mag noch in der Preisfrage liegen. Hier kann ich nichts bestimmtes sagen, da ich nicht die Preise der verschiedenen Firmen kenne.

Bei meinen Reisen haben sich verschiedene Unternehmer beschwert über Preisunterbietung durch ihre Konkurrenten, aber niemals über sich selbst. Nun, diese Preisunterbietung mag eine vorsätzliche sein oder es kann auch eine falsche Berechnungsmethode sein, aber was auch immer die Ursache ist, die Wirkung ist unglücklich für die Industrie, weil keine Firma einen anständigen Preis aufrecht erhalten kann. Die Versuchung, die Preise zu unterbieten ist verschlechtert durch die Tatsache, daß gegenwärtig der Markt über und über mit Produkten versorgt ist. Dies wird erst überwunden werden, wenn wir neue Arbeitsgebiete für die Lithographie gefunden haben. Nach meinem Urteil

ist das, was der lithographischen Industrie fehlt, eine Organisation der Arbeitgeber, aber nicht zu dem Zweck, um zu diskutieren, wie die Arbeitslöhne herabgesetzt werden und die Arbeitszeit zu verlängern ist, eine Organisation, deren Zweck es ist, Richtlinien aufzustellen für die Berufspraxis in Verbindung mit der Gewerkschaftskommission. Dies kann geschehen durch eine Politik des Leben und Lebenslassens. Alle können an den Verdiensten teilnehmen, die in unserer Industrie beschäftigt sind. Auch die Leute, welche unsere Industrie mit Material versorgen, denn alle werden schwierigen Problemen gegenüberstehen. Eine solche Industrie sollte eine gut bezahlte sein.

Der Zug der Zeit ist, daß die gegenwärtige Wirtschaftsweise keine Rücksicht auf eine Industrie nimmt. Wenn die Unternehmer nicht einen wirksamen Weg gehen, werden früher oder später stärkere Kapitalisten kommen und in der Industrie Verschmelzungen und Aufsaugungen zur Monopolstellung einiger weniger führen. Wir finden schon, daß sich die gegenwärtigen Unternehmer zurückziehen und weniger im Geschäft tätig sind. Ebenso ist die Zahl der Vorarbeiter geringer und eine große Zahl von Kollegen sind entlassen worden.

Nach dieser Aussage über unsere Berufsschmerzen will ich aber doch berichten, daß ich aufrichtig an die Zukunft der lithographischen Industrie glaube. Denn sie hat eine Geschichte. Sie hatte nicht nur den Zweck als Reklame und Annoncenanzeiger zu dienen, sondern sie hat auch die Schönheit gebracht, die Schönheit für die breite Volksmasse, die sich nicht einen Rembrandt, Franz Hals oder sonst ein Meisterstück anschaffen konnten. Das war die Wirkung gewesen in der Vergangenheit. Es wird aber wieder mehr für die Kunst vorhanden sein, und in der Zukunft wird die Lithographie eine führende Stelle einnehmen unter den Künsten, die für die Schönheit tätig sind. Sch.

## Internationale Konzentration in Plakatanschlägen

Im Plakatanschlaggewerbe ist eine bemerkenswerte Entscheidung gefallen. In Brüssel fand in der ersten Juliwoche eine Zusammenkunft des Kontinentalen Reklameverbandes statt, der sich mit einer Reihe wichtiger Fragen der Plakatanschlaggewerbe befaßte. Die im Reichsverband der Plakatanschlagunternehmen zusammengeschlossenen deutschen Plakatanschlagunternehmen arbeiten bekanntlich schon seit geraumer Zeit darauf hin, alle am Plakatanschlag, an der Herstellung von Plakaten usw. interessierten Industrie- und Arbeitsgruppen zu einer gemeinsamen Tätigkeit zusammenzuführen. Dabei ist ins Auge gefaßt, daß die Konzentration sich auch auf die Reklameverbraucher und -hersteller, Drucker, das graphische Gewerbe, Papier- und Papierverarbeitungsfabriken usw. erstrecken soll. Man glaubt, daß nur dann ein Erfolg eines internationalen Zusammenschlusses zu erwarten ist, wenn alle in Betracht kommenden Geschäftszweige besagter Art zu einer umfassenden Gemeinschaft angeregt werden. Unter diesem Gesichtspunkte wurde bekanntlich im verflossenen Jahre in Freiburg seitens der letzten Hauptversammlung des Kontinentalen Reklameverbandes beschlossen, einen Verein der Plakatförderer zu schaffen. Auch auf dem Reklamekongress in Brüssel ist dieses Projekt auf günstigen Boden gefallen. Man beschloß einmütig, möglichst schnell eine Internationale Vereinigung im Plakatanschlaggewerbe mit dem interessierten Kreisen herbeizuführen. Soweit es sich dabei um staatliche oder städtische Betriebe handelt, sollen auch diese eingeschlossen werden. Zur weiteren Durchführung der Vorarbeiten sowie zur Prüfung, in welcher Form die Konzentration vor sich geht kann, ist eine Kommission ernannt worden, zu der jedes der hauptsächlich in Frage kommenden Länder zwei Vertreter zu entsenden hat. Diese Vertreter werden demnächst an einem zentral gelegenen Ort, wahrscheinlich in Deutschland, in der Schweiz oder in Österreich zusammentreten, um Grundlagen zu besprechen und zu schaffen. Wenn möglich, soll bereits im kommenden Jahre der internationale Zusammenschluß der Reklame- und Plakatinteressenten vollzogen sein. Max Knopf.

## Hostmann-Steinberg-Farben in der Schweiz

Mit dem Sitz in Zürich wurde die Chr. Hostmann-Steinberg-Farben-AG. begründet. Ihr Zweck ist die Fabrikation und der Vertrieb von schwarzen und bunten Farben für die gesamte graphische Industrie und das Buchdruckgewerbe. Das Aktienkapital beträgt 200.000 Schweizer Franken. Dem Verwaltungsrat gehören an: Dr. Max Kolb (Zürich), Bankdirektor Habicht (Schaffhausen), Fabrikant Dr. Georg Hostmann (Celle), Vizedirektor Jean Kunz (Kirchberg) und Fabrikant Ernst Steinberg (Hannover).

# LITERATUR UND KUNST

## Kritik

Von Arthur Meltzer (Dresden).

Nachdruck und jede Verwertung der Idee ohne Berechtigung verboten!

*Motto: Jedes Dogma ist Unfreiheit und führt zur Erdrosselung des Geistes.*

Nicht umsonst sei dieses Motto an die Spitze der folgenden Abhandlung gesetzt und zum Ausgangspunkt gewählt. Warum?

Auch der Idee des Sozialismus wird vorgeworfen, daß sie sich auf dogmatischer Basis bewege.

Dies aber ist eine unbeweisbare Behauptung, es sei denn, es wird ein der Masse gewissermaßen aufkotroyierter Weg zum erstrebten Ziele als das Wesentliche angesehen, bzw. selbst mit der Idee identifiziert.

In Wirklichkeit ist der Sozialismus eine Naturkraft, die so alt ist, wie die Existenz des Universums. Alles Werden ist von ihm als treibendes Element durchdrungen und ist dieses deshalb als Urheber des Fortschritts in der Entwicklung überhaupt anzusehen.

Allerdings — erst mit der Möglichkeit vernunftmäßigen Erkennens durch menschlichen Geist, der mehr und mehr den tierischen Instinkt auszu-schalten sich mühte, konnte dieser Geist an die Aufgabe herangehen, ihm ungerecht erscheinende Verhältnisse im Leben der Menschen zu wandeln. Bis dahin waren auch diese „vorwärtstreibende“ Notwendigkeit, also natürlich.

Das zum Ziele dieser Wandlung führen solende und dem Allgemeinwohl dienende Streben hatte erklärlicherweise mit größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese erstanden aus bis zum Fanatismus gesteigerter Ansicht über das Heilige des Althergebrachten und wurden verstärkt durch solche Kreise, die von der Ausbreitung desselben eine Gefahr für ihre selbstsüchtigen Ziele vorausahnten und es deshalb mit allen Mitteln zu unterdrücken suchten.

Entsprechend diesen Umständen und der sonstigen Entwicklung der sich immer ändernden, bzw. verschließenden Verhältnisse, hatte auch dieses Streben unterschiedlichen Charakter und auch namentlich verschiedene Bezeichnungen. Seine innere Wesensart aber blieb immer die gleiche, denn er richtete sich gegen jede gleichwie geartete Bedrückung und sonstige als Unnatürlich empfundene Ungleichheit. Aus ihm ging der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus — Marxismus genannt — hervor.

Bleib sonach die Idee, die von Befreiung durch Ketten drängte, unwandelbar, mußte andererseits der Weg zu ihr den besonderen Umständen entsprechend, sich diesen anpassen. Damit erzwang sie sich im Laufe der Zeiten einen Erfolg, der nicht nur in neuerer Epoche ziffermäßige, sondern vor allem auch kulturelle Rekordwerte schuf. Er brachte das Erwachen der Menschenwürde im Arbeitsklaven, zeitigte die Möglichkeit ihres Zusammenschlusses zur Interessenvertretung, wies und bereitete den Weg zur Geistesfreiheit und schuf Möglichkeiten zur Durchsetzung von Talenten, die sonst im Sumpf der Verhältnisse erstickt wären.

Noch sind die Erfolge in letzterer Hinsicht gering, und noch vieler Anstrengungen wird es bedürfen, bis nicht mehr die mit Mühe und Not absolvierte sogenannte Schulbildung als maßgebend für eine gewöhnliche Lehrstelle sein wird, sondern die tatsächliche Eignung, die jeden Menschen an die Stelle stellt, wo er der Allgemeinheit wahrhaft nützt.

Je unwiderstehlicher aber der sozialistische Gedankengang in den breiten Massen Wurzel schlug, desto mehr wuchs auch auf Seiten der Anhänger kapitalistischer Ausbeutungspolitik der Haß gegen diejenigen, die die Quellen der Erkenntnis zum Fließen gebracht hatten. Sie sehen die Mühlen, welche mit der Lebenskraft, dem Blute und dem Elend der durch Not gepreßten Arbeitskräfte gespeist wurden und die ihnen ein Schmarotzerdasein gestatteten, zum Erliegen kommen. In ihrer Angst und vom Bestreben getrieben, die für sie „paradiesischen“ Verhältnisse zu stabilisieren, malten sie die Schrecken drohenden Chaos an die Wand, welche eintreten müßten, wenn weiterhin frevelndes Rütteln an dem Fortbestand überlieferter Ordnung ungestraft bliebe. Um diese Gefahr demonstrativ zu beweisen, benutzten sie die Unzufriedenheit, die einestills durch den sich immer verstärkenden wirtschaftlichen Druck und andererseits durch die zu Unrecht bestehende Annahme einer geflissentlichen Schlappheit im Durchsetzen der Ziele sich bemerkbar machte, mittels „vorläufig auf Verlustkonto gebuchter Anlagekapitalien“ Breschen durch bezahlte Zersplitterer in die Arbeitermassen zu schlagen.

Diese Methode brachte ihnen einen jedes Er-warten übersteigenden Erfolg.

Die ersten Henkersdienste leisteten diejenigen, welche zu Aktionen riefen, die nicht nur keine Entlastung für die Gesamtheit der schaffenden Kreise brachten, sondern die den Schrei nach Schutz vor entfesseltem Gewalt und durch Diktatur laut werden ließen und die Vorläufer waren für die beabsichtigte Niederknüpfung jeder freiheitlichen Bewegung und damit für die ungehinderte Ausbeutung.

Nachdem es so gelungen war, die ersten schwerwiegenden Keile in die sich sammelnden und ständig verstärkenden Scharen des sich ihres Rechtes auf menschenwürdiges Dasein bewußt werdenden Proletariats zu treiben, durfte man wieder an das Aufblühen des Geschäfts denken, das aber nur unter nationaler Regie gedeihen konnte. Die nationalsozialistische sogenannte Arbeiterpartei — nebenbei eine schlechte Nachbildung seit vielen Jahrzehnten bestehender nationaler Sozialisten in den verschiedensten Ländern — erblickte das Licht der Welt. Vervorrenen Geistes und hinterhältigen, lügnischen Sinnes benutzten sie ein Wort, das Befreiung von Sklavenketten nach jeder Richtung hin bedeutet, um Schlingen zu legen, die dazu bestimmt sind, die Völker erneut gegeneinander zu hetzen.

Diesen Schmieden neuer Sklavenketten (dieses Bluthunden), die aus der nationalen Verhet-

kann, eins dürfte sich doch zur Gewißheit ver-dichtet haben, nämlich, daß der Sozialismus sich mit Nationalismus genau so verträgt, wie Feuer und Wasser. Eins vernichtet das andere. Sozialismus ist der Träger des Menschheitsgedankens, der weder Klassen-, Rassen- noch sonstige Unterschiede kennt und Nationalismus der Bazillus, der die Menschen zu Bestien macht und Not, Tod und Elend in ihre Reihen trägt, indem er sie ver-hetzt und aus den Strömen von Blut und wahr-witziger Vernichtung neue Goldquellen hervor-zaubert, die in die Taschen der Regisseure dieses Theaters und ihrer willfährigen, bestochenen La-kaien fließen. Dieses Zweckes wegen ruft man „Tod dem Marxismus“, und wirft ihm vor, seine eigenen Genossen an das Ausland zu verkaufen. Ein Blödsinn, der sich schon aus der Feststellung ergibt, daß der Sozialist jede Gewalt, ja jede Beeinträchtigung der Freiheit des Menschen be-kämpft, mag sie sich erstrecken auf ein Gebiet gleich welcher Art.

Der Weg zum Ziel des sozialistischen Gemein-wesens ist beschränkt. Es wäre schon längst er-reicht, wenn nicht künstliche Wehre den Strom schwächen würden, der wohl die Hindernisse wan-ken läßt, aber noch nicht imstande ist, sie zum weichen zu bringen.

Jetzt ist der Wendepunkt gekommen, wo es Rück- oder Fortschritt heißt.

Ein Kennzeichen dieser Situation ist der Aus-spruch eines bekannten französischen Politikers, der offen erklärte, daß er Gegner des Marxismus geworden sei, weil sich dessen Voraussagen hin-sichtlich des Kapitals und des Mittelstandes nicht erfüllt hätten.

Beweist dieser auch keine persönliche beson-dere Geistesiefe, so kennzeichnet er doch die Un-zufriedenheit, die bis tief in die Reihen der Unent-wegtesten gedungen ist. Hier gibt es kein Ver-steckspielen. Stillstand, der über den toten Punkt nicht hinwegkommt, ist Rückschritt, diesen gilt es zu überwinden.

Was den Bestand des Privatkapitals anlangt, geben vorstehende Zeilen einen gewissen Auf-schluß. Seine Beseitigung wäre schon längst er-reicht, wenn die Voraussetzung von Marx sich er-füllt hätte, die in der geschlossenen Einheit und der Wahrheit ruht. Heute schließen sich die Ver-treter des Kapitals in Trusts und Konzerne zusam-men, würgen ab, was ihnen im Wege steht und schreiten über die Leichen bester Ge-schäftsfreunde. Position auf Position geben sie auf und konzentrieren alle ihre Macht in diesem letzten Bollwerk, das nun die Völker aller Erdteile auf die Knie zwingen soll. Sie wissen, daß das Damoklesschwert über ihren Häuptern hängt, aber sie sind trotzdem guter Zuversicht. Die Uneinig-keit arbeitet für sie.

Der Mittelstand existiert, aber in Wirklich-keit führt er nur noch ein Scheindasein. Er ist ein „risiko“tragender Handlanger obiger Kreise ge-worden. Trotzdem fühlt er sich über die Kreise erhaben, denen er in der Hauptsache auch heute noch die Existenz verdankt. Zu seinem Schaden unterstützt er sogenannte „Interessenvertretun-gen“, die tatsächlich „Postenpolitik“ treiben, aber im übrigen auf den Gang der Ereignisse nicht den geringsten Einfluß besitzen. Diesen, die von solchen Grüppchen Rettung erhoffen, geschieht es recht, wenn sie von der Bildfläche verschwinden.

Die Sozialdemokratie ist von der Verel-endungstheorie schon längst abgekommen, weil sie weiß, daß der Zermürbe keine Kraft aufbringt, sich gegen Unrecht und Gewalt mit Erfolg auf-zubäumen. Sie muß deshalb auch Mittel und Wege finden, um einen katastrophalen Zusammenbruch des Mittelstandes zu verhindern, weil dieser nur die Schwierigkeiten der Allgemeinalage bis ins Ungemessene vergrößern müßte.

Und hier ist auch eine Kritik am Platze. Un-gezählte Parteigenossen und alte Gewerkschafter gibt es, die ihr mühsam erspartes Geld zu einer wirtschaftlichen Existenz verwendet haben, treu zur Bewegung stehen, aber keinerlei Unterstützung finden. Entgegengesetzt erzählte ein Vertreter der Volksfürsorge in Bremen, daß sich seine Eintritte vornehmlich aus Kreisen des bürgerlichen Mittelstandes — Händler, Handwerker — rekrutierten, während die Arbeiter sich verhältnismäßig pas-siv verhielten.

Mag daran die Ungunst der Verhältnisse Hauptschuld tragen, eins zeigt der Vergleich, daß der Mittelstand Ausschau hält nach einer Partei, die auch seine Interessen vertritt. Er will wenig-stens solange existenzfähig sein, bis seine Mit-glieder von der Gemeinwirtschaft aufgezogen, also auf andere Weise, im Daseinsrecht sichergestellt sind.

Sollten sich hier nicht Möglichkeiten finden, die ohne den Ausbau des Genossenschaftswesens zu schaden, einen vernichtenden Vorstoß ins Herz der bürgerlichen Ordnung vornehmen?

## SO KÄMPFE!

*Viele Gesichter sind stumpf am Morgen  
Und wandern in Haft von Hause,  
Ehe das Licht seinen Namen verdient.*

*Nur Kinder schlafen noch. Ruhig träumen  
Sie sich Glück.  
Wir Älteren aber lagern böse.*

*Ein Pfiff! Auf Straßen tönt  
Haß Geräusch.  
Erbittert schleicht der Sklave.*

*Freude sucht in uns Gefäß  
Und kommt am End ins Sterben;  
Wer weint dazu?*

*Viel: Gesichter sind stumpf am Morgen.  
Andere leuchten von innen, weit  
Über die Erde.*

*Willst nicht auch du  
Frei, stark und froh sein? —  
So kämpfe!* Alexander Merly.

zung fette Pfründe für sich, und als Sicherheit für diese den Bestand der privatkapitalistischen Ordnung ersehen, hängt das allen menschlichen Empfindens bare Geschmeiß schwarotzenden Abschaums an, verstärkt von ungezählten Verärgerten, Indifferenten und geistig Armen, die sich durch phrasenreiche, nichts kostende Tiraden beeinflussen lassen.

Kritik, jawohl. Immer dort, wo sie angebracht ist. Auch an der Praxis eigener Partei, wenn innere Überzeugung Mängel festzustellen glaubt und nützende Vorschläge zu bringen sucht. Also Kritik, die, wenn sie irren sollte, dies einsieht, niemals aber persönliche, unverantwortliche Kritik an Gegossen und Gewerkschaftern, die auf irgendeinem Posten stehen, an Richtlinien gebunden sind und wohl bis auf geringe Ausnahmen nach bestem Können der Sache, die sie vertreten, dienen.

Unmögliches herauszuholen muß vergebens bleiben. Müssen sie Konzessionen machen, die oft gegen ihr innerstes Empfinden gehen, so liegt dies doch nicht an ihnen, sondern einzig an der Zusammensetzung der Körperschaft, der sie durch den Wahlwillen der Gesamtheit angehören. Diese faßt Beschlüsse und verabschiedet Gesetze. Weisen sie sich zum Schaden der Arbeiterschaft aus, so trägt die Wählerschaft die Schuld, die der Urne fernbleibt oder solchen Parteien die Stimme gibt, welche Bahnbereiter des Rückschritts sind. Nur diese Kreise sind die eigentlich Verantwortlichen für die geschmähnte Koalitions politik, welche naturgemäß keine der beteiligten Parteien restlos zu befriedigen vermag und immer neue Unzufriedene und Verärgerte, also entweder Nichtwähler oder ins feindliche Lager wechselnde Radikal- Oppositionelle schafft.

Wenn man mit Rücksicht auf das Zerrissene und oft Widerspruchsvolle in manchen Erscheinungen unserer Zeit auch zu mancherlei Zwei-feln hinsichtlich diesem oder jenem gelangen

**Kritik.** Millionen werden in den nächsten Jahren gebraucht, um den Haushalt in Ordnung zu halten. Immer größer werden die Schwierigkeiten um Defizite zu decken, immer höher steigen die Verpflichtungen, die aus Anleihen und Verpfändungen anwachsen und eines Tages zur Katastrophe führen müssen, wenn es nicht gelingt, Quellen zu erschließen, die die Finanznot beheben.

Milliarden sind zu ersparen, bzw. zum Wohle der Gesamtheit zu verwenden, wenn man rücksichtslos alle Pensionen streicht oder aussetzt, wo ausreichende sonstige Einkünfte vorhanden sind oder sie herabsetzt entsprechend dem Bedürfnis und der Billigkeit. Tantiemen, Dividenden und Gehälter, die in der Höhe in keinem Verhältnis zu dem Einkommen der großen Allgemeinheit stehen, sind wegzusteuern.

Wo Millionen von Staatsbürgern hungern, hat der einzelne kein Recht im Wohlleben zu schwelgen, noch viel weniger aber Vermögenswerte aufzuhäufen.

Warum geht man nicht an das Problem heran, durch internationale Abmachungen die verschobenen Vermögen durch Beschlagnahme zu erfassen und zur Abdeckung der Verpflichtungen und zum Ausbau von Privatkapital unabhängiger Wirtschaft in Deutschland zu verwenden?

Warum macht man nicht Schluß mit dem Krebschaden der Doppelverdiener?

Kritik nicht an einzelnen Personen, sondern Kritik dort, wo es sich darum handelt, die Ansprüche der notleidenden Menschheit besser als bisher zu wahren. Kritik deshalb auch einer Regierung, die durch vorgeschlagene Maßnahmen nicht die Not zu lindern sucht, sondern sie steigert, die die Entwicklung zur Volksgesundheit und Gesundheit nicht fördert, sondern erstickt und untergräbt.

Was ist es anderes, wenn man Lohnabbau treibt, um Preissenkungen der Bedarfsgüter herbeizuführen? Dabei verbessert sich die Lebenshaltung um keinen Deut, aber die allgemeine Armut steigt, denn der Profit fließt ungeschmälert in die Taschen der Großunternehmer. Immer dasselbe Lied, dieselbe Methode. Man will und kann einfach nicht an das Kapital heran, denn sonst würde man die Löhne prozentual steigern, die Arbeitszeit kürzen, die Preise des Bedarfs senken und die Fürsorgemaßnahmen ausbauen, nicht aber — wie es geschieht — ihr zum Schaden eines lebensfähigen, gesunden Geschlechts Hindernisse in den Weg legen, die geeignet sind, sie völlig auszuschalten.

Das Kapital diktiert und der Staat führt durch, was es bestimmt. Wie lange noch?

Aktivität tut not, wenn alle Fortschritte nicht zum Teufel gehen sollen. Schon jetzt ist nicht mehr viel von ihnen zu sehen, ja manches ist schlechter geworden.

Deshalb „Volk“ erwache! Laß dich nicht länger von den bezahlten Spaltern und Hetzposteln mißbrauchen, der beabsichtigten völligen Versklavung Handlangerdienste zu leisten. Schare dich um die Fahnen deiner Gewerkschaft und derjenigen Partei, die allein den Sieg der sozialistischen Idee garantiert. Allerdings nur dann, wenn diese Erkenntnis in die Köpfe aller schlafenden Kreise dringt und die Einheit eine Mehrheit bildet, die klare und zielbewußte Wege auch von der Führung verlangt.

In diesem Sinne: „Neue Wege, Eroberung der letzten Vorposten bürgerlicher Ordnung und dann zum Sturm!“

## Rundschau

### Länder ohne Arbeitslosigkeit

Daß die Weltwirtschaft kein einheitlicher Begriff ist, ersieht man aus der Verschiedenartigkeit der Wirtschaftslage der einzelnen Länder. Die meisten Industriestaaten, vor allem Deutschland, England und die Vereinigten Staaten, leben zur Zeit in einer Wirtschaftskrise und haben mit einer großen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Auf der anderen Seite gibt es Länder, die sich trotzdem in einer günstigen Position befinden. Zu diesen zählen vor allem folgende: Frankreich, Schweden, Norwegen, Dänemark, Irland, Neuseeland und Chile. In diesen Ländern ist die Arbeitslosigkeit ganz gering oder unbekannt. Dies hat verschiedene Ursachen und ist nicht bei jedem Lande gleich. Dessen ungeachtet kann daraus ersehen werden, daß der allgemeine Rückgang der Weltkonjunktur nicht alle Staaten gleichmäßig erfaßt.

### Eine konsumgenossenschaftliche Glühlampenfabrik

Die schwedischen Konsumgenossenschaften vermochten sich gegenüber allen großkapitalistischen Mächten durchzusetzen. Jetzt ist die Spitzengesellschaft der schwedischen Konsumvereine, die Kooperativa Förbundet, dazu übergegangen und hat eine Glühlampenfabrik ins Leben gerufen, die der einzige Außenseiter des Internationalen Glühlampenkartells sein dürfte. Das Unternehmen soll die modernste Glühlampenfabrik Europas sein und ein eigenes Elektrizitätswerk und eine eigene Drahtzieherei besitzen. Desgleichen ist die Errichtung einer eigenen Glashütte geplant. Die Produktion soll im Herbst aufgenommen werden. Im Sommer des nächsten Jahres soll die Erzeugungsfähigkeit 12000 Lampen je Tag oder 2 1/2 Millionen Lampen im Jahr betragen. Man will die Produktion bis auf 8 Millionen Lampen im Jahr steigern. Das festgefügte internationale Glühlampenkartell, welches aus den größten und kapitalstärksten Gesellschaften der Welt besteht, dürfte es wohl kaum als möglich erachtet haben, daß die Konsumgenossenschaften sich als erste ihnen gegenüber im Konkurrenzkampf stellen würden. Daraus ist aber wiederum zu ersehen, was die gebaltete Kraft der Verbraucherorganisationen zu leisten vermag. Zu dieser erfolgversprechenden Entwicklung kann jeder Arbeiter, Angestellter und Beamte in seiner Eigenschaft als Konsument durch den Beitritt und die alleinige Warenabnahme im Konsumverein beitragen.

### Vom Büchertisch

Auf falscher Bahn (16 Monate in Rußland). Kartoniert 2,80 RM., Organisationspreis 2 RM. So geht es nicht (Die Sowjets von heute). Kartoniert 2,80 RM., Organisationspreis 2 RM.

Rußland nackt (Zahlen beweisen). Von Panait Istrati. Kartoniert 3,80 RM., Organisationspreis 2,70 RM. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a.

Panait Istrati, der rumänische Dichter, ist ein geborener Proletarier, der die politischen Oefängnisse und das Brot der Verbannung kennt. Er wurde von der Sowjetregierung zum Zehnjahrestag des bolschewistischen Staatsreiches Oktober 1927 nach Moskau feierlich eingeladen. Istrati blieb 16 Monate. Er lernte das Land vom Eisener bis zum Schwarzen Meer kennen. Das Ergebnis ist das obenbenannte dreibändige Werk.

Im glänzenden Stil gibt Istrati eine aufrichtige, wahrheitsgemäße Schilderung der Zustände und Regierungsmethoden im Sowjetrußland, von denen er — als Kommunist — aufs Tiefste erschüttert ist. Verrienege Aufrufe an die Bevölkerung laden zum rücksichtslosen Kampf gegen die Bürokratie ein, während fälschlich jeder mit Leibesgefahr von der Laune eines beliebigen Bürodespoten abhängt. Eine Fülle von Greuel sind es, die Istrati mit großer Erregung brandmarkt und immer wieder, in jedem Bande, erhebt er die Anklage, das die Bürokratie nicht nur fälschlich, sondern auch nicht, sondern überall im Lande Frauen vergewaltigt und von den Arbeiterinnen für das Recht auf Arbeit körperliche Hingabe verlangt. Drei besonders erschütternde Kapitel des dritten Buches „Rußland nackt“ haben den Titel: „Das tragische Leben des Arbeiters“. Niemand, seit die Hölle des Frühkapitalismus überwunden ist, haben Arbeiter, die doch sogar die bevorzugte Klasse des Landes sind, solche Entbehrungen zu ertragen gehabt. Hier stehen die Arbeiter in den Fabriken, nicht eine einzige ohne genaue Angabe der bolschewistischen Quellen. Ungeheuerlich ist die Wohnungsnot im ganzen Lande. Ungeheuerlich die Zahl der schwarzarbeitenden Kinder, wie es ähnliches nur noch in der chinesischen Baumwollindustrie gibt. Der Alkoholismus steigt, der Arbeiterschutz existiert kaum, außer in den Reklamefabriken. Die Lektüre des fesselnd geschriebenen Buches ist nützlich und kann wärmstens empfohlen werden. Die Verlagsgesellschaft des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin W 1, Inselstraße 6a, hat für das überall glänzend aufgenommene Werk den Generalvertrieb an Gewerkschafter übernommen und bringt eine verbilligte Sonderausgabe heraus.

Das Schlichtungswesen als staatspolitisches Problem. Von Dr. Adam Hüfner. Verlagsanstalt „Courier“ des Deutschen Verkehrs Bundes G.m.b.H., Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4. Preis für Gewerkschaftsmitglieder 0,60 Mark.

Das Schlichtungswesen ist eine staatspolitische Aufgabe. Dies ist der Grundgedanke der interessanten und gründlichen Arbeit Hüfners. Im Mittelpunkt der Arbeit steht neben Problemen des politischen Lohnes. Hüfner zeigt, wie die Fragen der Schlichtungswesens im Zusammenhang mit den allgemeinen Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Systems gesehen werden müssen, wie insbesondere im organisierten Kapitalismus die Frage der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine ganz neue Gestalt gewinnt. Auch zu den jüngsten Ereignissen der deutschen Schlichtungspolitik (Ruhkonflikt, Frage der Schlichtungsreform) wird Stellung genommen, sodaß die Arbeit eine durchaus aktuelle Bedeutung besitzt. Eine besondere Note erhält die Arbeit Hüfners dadurch, daß die Probleme von einem bestimmten Standort aus in einheitlicher Perspektive gesehen werden, ohne daß dadurch die wissenschaftliche Methode beeinträchtigt würde. Der Verfasser vertritt seinen Standpunkt mit Leidenschaft und Elan und packt die Probleme mit jugendlicher Frische an, wodurch die Lektüre des Buches anregend und beinahe suggestiv wirkt.

Der Zukunftsstaat. Von W. Repka, Zentralverlag, Hamburg. Preis 1 Mark.

Das Buch ist als Vortrag für den Rundfunk geschrieben. Es gibt Theorien, die in Wirklichkeit Vorkämpfer sind. Schon diese Anpreisung: „Vergleichen die Gesetzgebung; zugleich die absolute Lösung aller sozialen Fragen“ ist nicht von Pappe Das Ganze wirkt für Gerechtigkeit. Darin liegt immerhin ein Wert.

Lehrungsverhältnisse im Maler- und Lackierergerwerbe. Herausgegeben vom Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Die Schrift ist das Ergebnis einer Umfrage über das Lehrungsverhältnis im Maler- und Lackierergerwerbe im September 1929. Obwohl sie nicht ganz lückenlos ist, gibt sie doch eine gute Übersicht über alles, was die Lehrlinge in diesen Gewerben betrifft.

### Inhaltsübersicht

Hauptteil: Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. / Wahl und Wirtschaft. / Der Familienverein als Unternehmer. / Die Fanfaren der Hausbesitzer.

Recht und Gesetz: Entschädigung der Wegunfälle. / Kontrolliert die Beitragsentrichtung zur Arbeitslosenversicherung.

Verband und Beruf: Friede in Österreich. / Was fehlt der lithographischen Industrie? / Internationale Konzentration in Plakatanschlägen. Hostmann-Steinberg-Farben in der Schweiz.

Literatur und Kunst: Kritik. / So kämpfe! Rundschau. / Vom Büchertisch. / Anzeigen.

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität  
**Ia Auswaschtinktur** Zinkätzsalz D. R. P.  
**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**  
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck  
**Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36** Wiener Straße Nr. 50 Fernspr. Mor. 12289

Das Beste für den Offset- und Steindruck ist:  
**Druckpaste „Nürwa“**, **Trockenmittel „Mallion“** (bleifrei)  
**Scharftröckner „Ration“**. Seit Jahren bestens beachtet.  
**KARL A. WAGNER, Chemische Produkte,**  
 Crimmitschau 1. S., Schleierstraße 4.

**Retuschier-Apparate Fachliteratur!**  
  
 für feinste Maschinen-Retusche  
 sowie Farben und Pinsel liefert  
**Carl Rückriem, Leipzig N 21, Theresienstr. 14**  
**Das Berechnungswesen des Steindrucks**  
 von Alfred Weck. Preis inkl. Nachnahme Porto 1.90 RM. Zu beziehen durch Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig  
**Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks** von Alois Senefelder. Preis inkl. Nachnahme 11.70 RM.  
**Die Erfindung der Lithographie** von F. Hansen. Preis inklusive Nachnahme 0.80 RM.  
**Die lithographischen Verfahren und der Offsetdruck** von Otto Krüger. Über 270 Seiten Text mit etwa 130 Abbildungen und 20 zum größten Teil farbigem Tafeln. 2. Auflage. Preis inkl. Nachnahme 20.00 RM.  
 Zu beziehen durch:  
**Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.**

**LINDCAR**  
 Jetzt auch Nähmaschinen!  
 LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESellschaft  
 BERLIN-LICHTENRADE  
 Unternehmen der freien Gewerkschaften  
 Lindcar-Fahr-,äder- und Lindcar-Nähmaschinen  
 gegen kleinste Wochenzinsen, durch das Werk, unsere  
 Mitglieder und die Ortsausschüsse des A.D.G.B.